



Sitzung vom 30. Oktober 2018

BESCHLUSS NR. 384 / V4.04.71

Postulat 506/2018

Uster als solidarische Stadt

Salome Schaerer, Florin Schütz, Patricia Morf und Meret Schneider

Erste Stellungnahme mit sofortiger Protokollabnahme

Ausgangslage

Am 10. September 2018 reichten die Ratsmitglieder Salome Schaerer, Florin Schütz, Patricia Morf und Meret Schneider beim Präsidenten des Gemeinderates das Postulat Nr. 506/2018 betreffend «Uster als solidarische Stadt» ein.

An seiner Sitzung vom 10. September 2018 nahm der Stadtrat Kenntnis vom Eingang dieses parlamentarischen Vorstosses und überwies ihn an die Abteilung Soziales zur Prüfung und ersten Stellungnahme. Die Abteilungen Sicherheit und Präsidiales wurden zum Mitbericht einzuladen.

Erste Stellungnahme

Die Vorschläge in der Begründung fallen mehrheitlich nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Uster, weil diese auf Bundesstufe geregelt sind bzw. geregelt werden müssten. Das Postulat ist aber offen, weit und allgemein abgefasst, deshalb kann dieses alleine wegen fehlender Zuständigkeit nicht abgelehnt werden. Die Ziele der solidarischen Stadt sprechen auch Themen wie die Förderung der Integration, die Etablierung der Willkommenskultur und die Umsetzung der Inklusion an, die im städtischen Zuständigkeitsbereich liegen.

In der nach der Überweisung zu verfassenden Antwort soll aufgezeigt werden, welche Solidaritätsmassnahmen mangels Zuständigkeit abgelehnt und welche zur Diskussion zu stellen sind.

In verschiedenen Schweizer Städten sind parlamentarische Vorstösse zur Situation von geflüchteten Menschen am Mittelmeer und gleichgearteten Anliegen wie das vorliegende Postulat eingegangen. Am 10. September 2018 wurde dazu auch vom Kantonsrat Zürich ein dringliches Postulat «Aufnahme von Bootsflüchtlingen» an den Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen.

Auch wenn das Postulat mehrheitlich Anliegen und Forderungen beinhaltet, die nicht in der Zuständigkeit der Stadt Uster liegen, bietet sich im Rahmen der Beantwortung die Möglichkeit Nachstehendes aufzuzeigen:

- Informationen über die Zuständigkeiten Bund, Kanton, Städte und Gemeinden im Flüchtlingsbereich
- Möglichkeiten und Grenzen einer «Urban Citizenship – einer Stadtbürger*innenschaft»
- Bestehende Angebote und Bestrebungen, die Uster bereits jetzt als solidarische Stadt kennzeichnen
- Darstellung einer Auswahl von Stellungnahmen und Initiativen anderer Städte und Kantone und Diskussion derselben in der Stadt Uster

Der Stadtrat beschliesst:

1. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat Nr. 506/2018 entgegenzunehmen und empfiehlt dem Gemeinderat die Überweisung des Postulats an den Stadtrat.
2. Die Abteilungsvorsteherin Soziales Petra Bättig wird beauftragt, die Position des Stadtrats gegenüber dem Gemeinderat zu vertreten.



3. Mitteilung als Protokollauszug an
- Gemeinderat
 - Abteilungsvorsteherin Soziales, Petra Bättig
 - Abteilungsvorsteher Sicherheit, Jean-Francois Rossier
 - Abteilungsvorsteherin Präsidiales, Barbara Thalmann
 - Abteilungsleiter Soziales, Armin Manser
 - Abteilungsleiter Sicherheit, Jörg Ganster
 - Abteilungsleiter Präsidiales, Christian Zwinggi
 - Abteilung Soziales
 - Abteilung Sicherheit
 - Abteilung Präsidiales

öffentlich

Für den richtigen Auszug

Stadtrat Uster

Barbara Thalmann Stammbach
Stadtpräsidentin

Daniel Stein
Stadtschreiber



Versandt am: 30.10.2018